

Resolution der Teilnehmer der Veranstaltung

„Neue Erdgassonden vor unserer Haustür?“

am 1.10.2014 in Kusey im Evangelischen Landjugendzentrum

Gerichtet an Bergamt und die Instanzen, die vom Bergamt informiert wurden, sowie Kreistag, Landtagsabgeordnete, Gemeinderäte, Bürgermeister, Öffentlichkeit

1. Wir kritisieren, dass die betroffenen Menschen und deren politische Organe (Gemeinderäte) erst im Juli 2014 durch die Presse über die im August 2013 an Gaz de France erteilte Erdgas-Aufsuchungsgenehmigung in der südlichen Altmark und im Börde-Kreis informiert wurden.
2. Wir fordern, dass künftig - ebenso wie in Niedersachsen - das Landesbergamt auch die betroffenen Gemeinden in alle bergrechtlichen Maßnahmen einbezieht. Unserer Rechtsauffassung nach ist die Erteilung der Aufsuchungserlaubnis rechtswidrig erfolgt, da die „Muss-Beteiligung“ gemäß § 15 i.V.m. § 11 Nr. 10 Bundesberggesetz nicht durchgeführt wurde. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 15.10.1998 (AZ: 4 B 94/98) bestätigt unsere Rechtsauffassung.
3. Die von GdF angestrebte Ausweitung der Erdgasförderung in der südlichen Altmark und angrenzenden Gebieten des Börde-Kreises lehnen wir ab, aus folgenden Gründen:
 - Erdgasförderung bedeutet erhebliche Eingriffe in den Untergrund und in die Natur, bzw. die Landwirtschaft an der Oberfläche, wobei u.a. folgende Risiken auftreten:
 - Gefährdung des Grundwassers bei nicht 100% dichten Bohrungen, sowie bei der Verpressung von giftigem Lagerstättenwasser
 - Ausbringung giftiger Stoffe im Fall von Rohgas-Abfackelungen
 - Erfahrungen in niedersächsischen Erdgasgebieten legen den Verdacht nahe, dass frei werdende Giftstoffe Blutkrebserkrankungen befördern.
 - Gebäudeschäden durch seismische Ereignisse (Erdbeben)
 - Belastungen durch Lärm und Verkehrsaufkommen

Derartige Risiken, Gefahren und Schäden hinzunehmen, ist umso absurder, als der spürbar voranschreitende Klimawandel eine drastische Verminderung der CO₂-Emissionen gebietet. Eine Ausweitung der Erdgasförderung würde auch den politisch beschlossenen Klimaschutzzielen widersprechen.

- In dieser Situation viele Millionen Euro in die Eröffnung neuer, zusätzlicher CO₂-Quellen zu investieren, ist kurzsichtig und somit unverantwortlich.

- Alle verfügbaren Investitionen müssen heute für den zügigen Aufbau einer regenerativen Vollversorgung eingesetzt werden!

Gerade in der Altmark hat man dies erkannt und arbeitet an der Umsetzung:

- Tangeln und andere Bioenergiedörfer vollbringen Pionierleistungen
- Kalbe ist auf dem Weg zur „100%-Erneuerbare-Energien-Kommune“
- Die Altmark insgesamt ist seit 2009 „Bioenergie-Region“ und
- seit neuestem EU-geförderte „Energetische Modellregion“

Eine Ausweitung der Erdgasförderung würde diese Bemühungen und ihre positiven Auswirkungen auf das Klima, wie auch auf die regionale Wirtschaft, untergraben. Dies ist nicht hinnehmbar!

4. Wir fordern das Bergamt auf, im Hinblick auf diese übergeordneten Interessen keine weiteren Maßnahmen zu genehmigen, wie insbesondere seismische Messungen und Probebohrungen.

Wir fordern unsere gewählten politischen Vertreter auf den Ebenen der Gemeinden, der Kreise und des Landes auf, sich in diesem Sinne einzusetzen!